

# **Fachinformation Dr. Hans Penner**

## **Bürgerdialog**

[www.fachinfo.eu](http://www.fachinfo.eu)

**Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich Müller**

**Vorsitzender der Strahlenschutzkommission**

Wolfgang-Ulrich.Mueller@uni-due.de

**[www.fachinfo.eu/mueller.pdf](http://www.fachinfo.eu/mueller.pdf) - Stand: 24.03.2014**

Schreiben H. Penner vom 24.03.2014

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

von Ihrem Schreiben an Herrn G. Braun vom 14.03.2014 (siehe [www.fachinfo.eu/mueller.pdf](http://www.fachinfo.eu/mueller.pdf)) erhielt ich Kenntnis. Ihre Empfehlung vom 13.02.2014 enthält schwerwiegende Fehler:

1. Sie schrieben am 13.03.2014: "*Neu ist, dass man früher wegen der geringen Eintrittswahrscheinlichkeit beschlossen hatte, dass für solche Ereignisse keine Notfallplanung erfolgen solle. Diese Auffassung hat sich geändert vor dem Hintergrund, dass Fukushima (trotz errechneter niedriger Eintrittswahrscheinlichkeit) eben doch passiert ist.*" Diese Aussage ist falsch, wie ich Ihnen am 14.03.2014 begründete. Die Eintrittswahrscheinlichkeit des Fukushima-Ereignisses war nicht niedrig.

2. Grundlegend falsch ist, daß "*die Festlegung des für die Notfallplanung zugrundeliegenden Unfallspektrums stärker an den potenziellen Auswirkungen als an der berechneten Eintrittswahrscheinlichkeit von Unfällen orientiert*" wurde (Empfehlung vom 13.02.2014). Es ist absurd, Sicherheitsmaßnahmen an einem fiktiven Unfall zu orientieren. Tsunamis gibt es bei uns nicht. Die Maßnahmen müssen sich an der Wahrscheinlichkeit von Ereignissen ausrichten.

3. Die Tschernobyl-Explosion ereignete sich vorhersehbar als Folge eines kriminellen Befehls der Sowjetarmee. Die durch diese Explosion entstandenen Schäden waren erstaunlich gering. Durch das Fukushima-Ereignis erlitt die Bevölkerung keine gesundheitlichen Strahlenschäden. Es ist falsch, aus dem Fukushima-Ereignis Rückschlüsse auf die Sicherheit deutscher Kernreaktoren zu ziehen. Vielmehr müssen Rückschlüsse daraus gezogen werden, daß durch 50 Jahre Nuklearstromerzeugung niemand zu Schaden gekommen ist.

Meine Vermutung ist nicht entkräftet, daß die Empfehlung der SSK unter politischem Druck erfolgt ist. M. E. geht es um die Durchsetzung der volkswirtschaftlich schädlichen Ideologie der Energiewende, nicht um die Sicherheit der Bevölkerung. Wäre diese der Beweggrund, müßte man den Kraftfahrzeugverkehr verbieten. Dieses Schreiben steht im Internet (s.o.).

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben Prof. Dr. W. U. Müller an Dipl.-Ing. G. Braun vom 14.03.2014

Sehr geehrter Herr Braun,

da ich es leid bin, auf Mails zu antworten, die an der SSK-Empfehlung vollkommen vorbei gehen, werde ich den Inhalt Ihrer Mail nicht kommentieren. Die SSK hatte vom BMU die Aufgabe erhalten zu prüfen, ob die Notfall-Planungen geändert werden müssten, falls ein Unfall mit ähnlichen Ausmaßen wie der in Fukushima in Deutschland stattfinden würde. Das hat die SSK getan und dem BMU das Ergebnis ihrer Beratungen mitgeteilt. Das BMU hatte nicht gefragt, ob ein solcher Unfall in Deutschland überhaupt möglich ist. Diese Frage müsste ohnehin von einem anderen Beratergremium als der SSK beantwortet werden.

Bis heute habe ich keine einzige Mail erhalten, die sich mit der Empfehlung selbst auseinandersetzt. Zu einer eventuellen Kritik zum Inhalt der Empfehlung würde ich selbstverständlich Stellung nehmen. Kritik daran, dass die oben erwähnte Frage überhaupt gestellt wurde, müssten Sie an das BMUB richten ([service@bmub.bund.de](mailto:service@bmub.bund.de) <<mailto:service@bmub.bund.de>>), nicht jedoch an die SSK.

Beste Grüße, Wolfgang-U. Müller

Schreiben H. Penner vom 14.03.2014

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben. Das Thema ist sehr wichtig, weil es um den Industriestandort

Deutschland geht, für den niedrige Energiekosten von existentieller Bedeutung sind. Die von Frau Dr. Merkel angeordnete Vernichtung der deutschen Kerntechnik gefährdet den Industriestandort Deutschland.

Zu diskutieren ist, daß sich die Sicherheitsanforderungen an die KKW „nach Auffassung der SSK künftig stärker an den potenziellen Auswirkungen als an der berechneten Eintrittswahrscheinlichkeit von Unfällen orientieren“ sollen. (S.11 der Empfehlung).

Wie Sie schreiben, ist diese Auffassung entstanden, weil der Unfall in „Fukushima (trotz errechneter niedriger Eintrittswahrscheinlichkeit) eben doch passiert ist“. Zu fragen ist, ob diese Begründung belastbar ist:

1. Es war bekannt, daß sich der F.-Reaktor an einem Tsunami-bedrohten Standort befindet. Die Wahrscheinlichkeit von Tsunamiwellen über 5m war so sehr gering nicht.
2. Die Mängel der Notstromversorgung hätten bei sorgfältiger Untersuchung erkannt werden müssen.
3. Es fehlten die in Deutschland vorgeschriebenen Rekombinatoren.

Es ist nicht überzeugend, daß die oben genannte Überzeugung der SSK durch das F.-Ereignis begründbar sei.

Naheliegender ist vielmehr die Annahme, daß die Empfehlung der SSK eine politische Maßnahme ist, um in der Bevölkerung die Strahlenangst zu verstärken. Diese Maßnahme erscheint aus der Sicht der Bundesregierung notwendig, weil sich die energiepolitischen Entscheidungen von Frau Dr. Merkel als falsch herausstellen.

Es ist offenkundig, daß Frau Dr. Merkel die weltweit einmalige Verschrottung der eigenen hervorragenden Kernkraftwerke deshalb angeordnet hat, um die entscheidenden Argumente ihrer politischen Gegner zu übernehmen und diese dadurch zu schwächen.

Ich bemühe mich um eine Verbreitung dieses Schreibens (ohne Ihre Schreiben). Siehe [www.fachinfo.eu/mueller.pdf](http://www.fachinfo.eu/mueller.pdf).

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben W.-U.Müller an H. Penner vom 13.03.2014 – 20:03

Die Veröffentlichung dieses Schreibens wurde nicht gewünscht.

Schreiben H. Penner vom 13.03.2014

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

haben Sie vielen Dank für Ihre rasche Antwort, die ich – Ihr Einverständnis voraussetzend – ins Internet stelle ([www.fachinfo.eu/mueller.pdf](http://www.fachinfo.eu/mueller.pdf)). Allerdings wird mein Eindruck verstärkt, daß es sich bei der Empfehlung der Strahlenschutzkommission um eine Propagandaaktion der Bundesregierung handelt. Da sogar Herr Gabriel die merkelsche Aktion der Vernichtung der Kernkraftwerke für überstürzt hält, soll vermutlich die Strahlungsangst der Bevölkerung wieder forciert werden.

Die Empfehlung will lediglich die „Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung der Kernkraftwerke“ etwas vergrößern. Das ist nicht von großer Bedeutung. Die Medien erwecken jedoch den Eindruck einer besorgniserregenden Situation.

Ein Fehler ist, daß sich die „SSK künftig stärker an den potenziellen Auswirkungen als an der berechneten Eintrittswahrscheinlichkeit von Unfällen orientieren“ will (S. 11). Konsequenterweise müßte man die Hauptstadt mit einer Betonglocke gegen Meteoriteneinschläge schützen.

Die Empfehlung erfolgt „Ausgehend von den in Zusammenhang mit dem Unfall in Japan gewonnenen Erkenntnissen“ (S. 3). Es wird jedoch gesagt, daß „sich, was das Ausmaß von potenziellen Freisetzungen angeht, keine neuen Erkenntnisse aus dem Unfall in Fukushima ergeben“ haben (S. 10). Hier liegt ein Widerspruch vor.

Aus Ihren Schreiben geht hervor, daß die SSK lediglich in Terroranschlägen eine Gefahr für die Kernkraftwerke sieht. Ist das nicht absurd? Was würde denn ein in Kernphysik versierter Terrorist machen? Gäbe es nicht einfachere und effizientere Ziele für Terroristen?

Ich glaube nicht, daß die Empfehlung der SSK das Vertrauen zur Bundesregierung erhöht. Siehe auch das Schreiben von Dr. Niemann. Kopien sende ich an Verantwortungsträger, Medien und Politiker.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben Dr. L. Niemann an DIE WELT vom 13.03.2014 – 15:12

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Text „Atom-Unfälle, Bund will größere Sicherheitszonen“ (DIE WELT 11.03.2014) schlage ich vor, folgenden Leserbrief zu drucken:

In einem halben Jahrhundert hat Strahlung durch Radioaktivität die pole-Position unter allen möglichen und unmöglichen Gefährdungen erobert, die Menschen GLAUBEN an die Strahlen"gefahr". Deutschlands Regierung bastelt weiter daran, daß die Strahlenangst bestehen bleibt, indem sie Gren-zen weiter herab setzt.

Strahlung von Radioaktivität ist nur in sehr hohem Dosisbereich und Dosisleistungsbereich schädlich. Bei niedriger Dosis und Dosisleistung ist diese Strahlung nützlich für Lebewesen, weil Strahlung die Reparatur-systeme des Körpers trainiert. Es gibt auch für Strahlen eine „adaptive Antwort“ (so heißt diese Erscheinung in der Medizin). Die Tatsache ist seit langem bekannt, in der Zeitschrift vom Fach-verband Strahlenschutz „StrahlenschutzPRAXIS“ kann man gelegentlich darüber lesen. Allerdings sind alle Beschäftigten in der Kerntechnik per Gesetz dazu verpflichtet, jegliche Strahlendosis so weit wie möglich zu minimisieren.

In Japan führt diese Verpflichtung dazu, die Strahlendosis aus dem Unfall weit unter das Niveau zu drücken, das der Menschheit von der Natur an vielen Stellen der Erde seit ewigen Zeiten zugemutet wird. Die Strahlenschutzgesetze gelten nun einmal nur für die Kerntechnik, nicht hingegen bei Bodenstrahlung, Höhenstrahlung, in der Medizin (nur zum Teil).

Die förderliche Wirkung von Strahlung für die Gesundheit wurde oft nachgewiesen: In Gebieten mit erhöhter Bodenstrahlung, an den Nukleararbeitern der ersten Zeit nach 1945, an den Aufräumarbeitern des Tschernobylunfalles, an Zellkulturen im Labor, und in letzter Zeit besonders deutlich durch das Kobalt-60-Ereignis in Taiwan. Letzteres hat eindeutig bewiesen: Hätte man die Evakuierungen in Japan nicht gemacht --- aus Strahlenschutzgründen waren sie nicht erforderlich --- dann würde das viele Menschen vor dem schlimmen Schicksal einer Krebserkrankung bewahren!!!

So sind die Tatsachen, die allerdings in Deutschland unbeachtet bleiben. Die Regierung fragt in Sa-chen Strahlen das Bundesamt für Strahlenschutz, und dieses ist seit Trittins Zeiten politisch besetzt, die Wissen-schaft spielt dort keine Rolle mehr.

Heute ist der Strahlung von Radioaktivität weltweit die Rolle zugewachsen, die Hexen und Hexen-meister im Mittelalter während mehrerer Jahrhunderte spielten. Kerntechnik ist „Teufelszeug“, so hörten wir von Kardinal Marx als Mitglied der Ethikkommission, also wird sie verdammt. Die ganze Menschheit kann irren, wie sich schon oft leidvoll gezeigt hat, in die Geschichte findet man Beispiele. Der Irrtum in Sachen Strahlen wird vermutlich ebenfalls Generationen benötigen, bis er als ein solcher erkannt wird --- besonders in Deutsch-land.

Mit Gruß Dr. Lutz Niemann

Schreiben W.-U.Müller an H. Penner vom 13.03.2014 – 14:09

Die Veröffentlichung dieses Schreibens wurde nicht gewünscht.

Schreiben H. Penner vom 13.03.2014 – 12:32

Sehr geehrter Herr Professor Müller,

*"Als Konsequenz aus der Atomkatastrophe von Fukushima vor drei Jahren empfiehlt die von der Bundesre-gierung eingesetzte Strahlenschutzkommission eine deutliche Ausweitung der Sicherheitszonen um die in Betrieb verbliebenen deutschen Meiler" (HAZ 11.03.2014).*

Für diese Empfehlung, die auf keiner wissenschaftlichen Grundlage beruht, gibt es keine rationalen Gründe. Sie stellt eine politische Propagandamaßnahme dar, um in der Bevölkerung die Strahlenangst wachzuhal-ten.

Nach dem Scheitern der Energiewende wird auch einigen Politiker klar, daß Nuklearstrom unverzichtbar ist, wenn Deutschland eine Industrienation bleiben soll. Weltweit, auch in Europa, wird die Kernenergie ausge-baut. Es gibt vom Neomarxismus (siehe [www.fachinfo.eu/fi023.pdf](http://www.fachinfo.eu/fi023.pdf)) geprägte politische Kräfte, welche Deutschland als Industrienation abschaffen wollen. Dieses Ziel wird am besten durch die stetige Erhöhung der Energiekosten erreicht. Dazu gehört die Vernichtung der deutschen Kerntechnik.

Fälschlicherweise suggeriert Ihre Empfehlung, daß in der deutschen Kerntechnik Sicherheitsdefizite beste-hen würden. In Wirklichkeit hatte die Sicherheit von Anfang an Priorität. Seit 50 Jahren wird in Deutschlands Nuklearstrom erzeugt, und niemand ist zu Schaden gekommen.

Unmittelbar nach dem Fukushima-Ereignis hatte Frau Dr. Merkel richtig gesagt, daß kein Zusammenhang mit der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke bestünde. Die Sicherheitsmängel von Fukushima gibt es in Deutschland nicht. Trotzdem hat in Fukushima die Bevölkerung keine Strahlenschäden erlitten.

Dieses Thema ist für unsere Industrie existenzwichtig und muß diskutiert werden. Ich stelle dieses Schreiben ins Internet ([www.fachinfo.eu/mueller.pdf](http://www.fachinfo.eu/mueller.pdf)) und bemühe mich um seine Verbreitung.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner